

# Der Räumung folgt in Mainz der Abriss

## Hausbesetzer kritisieren Oberbürgermeister

sug. MAINZ. Nach der Räumung einer seit drei Wochen besetzten Fabrikantenvilla an der Oberen Austraße in Mainz durch die Polizei (F.A.Z. vom Mittwoch) haben Bauarbeiter unverzüglich mit deren Abriss begonnen. Die Stadtwerke AG, die 2011 das schon länger leerstehende Gebäude im Industriegebiet erworben hat, plant dort unter anderem ihr Rohrlager unterzubringen, das sich zurzeit noch an der Weisenauer Straße befindet.

Am Dienstagvormittag waren von 6 Uhr an bis zu 500 Polizisten – darunter ein Helikopterteam und Spezialkommandos – im Einsatz, um etwa 30 Hausbesetzer sowie weitere 40 das Eingangstor blockierende Sympathisanten wegzutragen. Die nach Angaben eines Polizeisprechers „absolut friedlich“ verlaufene Aktion könnte, wie es nach der Räumung hieß, bis zu 100 000 Euro gekostet haben.

Die überwiegend jugendlichen Besetzer, die von einem „zutiefst undemokratischen und unverhältnismäßigen Einsatz“ sprachen, kritisierten, dass die Stadtwerke nicht erklärt hätten,

---

Auch nach der Räumung fordern die Besetzer Räume für nichtkommerzielle Kultur und Initiativen.

---

„warum sie das Haus so dringend benötigen“; zudem seien die Kosten für den Polizeieinsatz nicht zu rechtfertigen.

Gestern Abend gingen „die Leute von der Oberen Austraße“ abermals in Mainz auf die Straße, um ihren Forderungen nach bezahlbaren Wohnungen in der Universitätsstadt sowie Freiräumen für nichtkommerzielle Kulturangebote und soziale Initiativen Nachdruck zu verleihen. „Ein Haus lässt sich räumen – eine Bewegung nicht“, lautete die Botschaft; dies kombiniert mit dem Versprechen: „Wir kommen wieder, keine Frage.“

Tags zuvor waren in Frankfurt bis zu 100 Unterstützer zu einer friedlichen Solidaritätsdemonstration gekommen, zu der das „Institut für vergleichende Irrelevanz“ aufgerufen hatte. In Mainz, wo sich gestern knapp 200 Teilnehmer an einem Protestzug vom Hauptbahnhof zum Rathaus beteiligten, richtet sich die Kritik vor allem gegen Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD), der für die Stadtwerke „aktiv die Illegalisierung und Kriminalisierung des Projekts“ betrieben habe und deshalb für die Kultur- und Sozialpolitik der Stadt nicht mehr tragbar sei.

Aus Sicht des kommunalen Unternehmens war das baufällige, wenn nicht sogar einsturzgefährdete Haus im Industriegebiet, das weder über Wasseranschlüsse noch über sanitäre Anlagen verfügte, dagegen schlichtweg das falsche Objekt für ein Kulturzentrum.